



Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP) diskutieren in einer wöchentlichen Kolumne.
Quelle: Nik Egger/ade

Links vs. Rechts

Ist die Individualbesteuerung gerecht oder ein Monster?

Wenn es um die Abschaffung der sogenannten «Heiratsstrafe» geht, sind sich Oriana Pardini und Mathias Müller gar nicht einig.

Werner de Schepper

Publiziert: 20. Oktober 2025, 07:00 Uhr

Oriana Pardini: «Die Abschaffung darf nicht am drohenden Steuerausfall scheitern.»

Stellen wir uns vor, zwei Menschen lieben sich, wollen heiraten und werden dafür bestraft. Absurde Realität in der Schweiz. Die sogenannte «Heiratsstrafe» sorgt dafür, dass Ehepaare höhere Steuern zahlen als gleichverdienende Paare, die unverheiratet zusammenleben. Bei Ehepaaren werden die Einkommen

zusammengerechnet, bei unverheirateten Paaren einzeln besteuert, mit niedrigeren Steuersätzen dank geringerer Progression. Diese Ungerechtigkeit muss dringend beseitigt werden.

Heute leben wir in einer bunten Gesellschaft, die aus Patchwork-Familien, gleichgeschlechtlichen Paaren, Konkubinatspartnerschaften und Menschen besteht, die füreinander Verantwortung übernehmen, ohne ins klassische Rollenbild der «EhepartnerInnen» zu passen, und das ist gut so. Wer sich jedoch entscheidet, die «klassische» Ehe einzugehen, wird vom Staat benachteiligt. Paare in einer traditionellen Ehe zahlen höhere Steuern. Das ist falsch und ungerecht!

Ehe als Liebesversprechen und gleichzeitig Stolperstein im Steuerdschungel, das ist kein Fortschritt, das ist Rückschritt.

Die Abschaffung der Heiratsstrafe darf nicht am drohenden Steuerausfall scheitern, diese Ausfälle sind kein Grund, Ungerechtigkeit zu bewahren. Sie können intelligent kompensiert werden. Fair verteilt auf alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, etwa durch progressive Anpassungen oder Abbau von Steuerprivilegien. Steuerpolitik darf nicht länger als Alibi für die Ungerechtigkeit der Heiratsstrafe dienen, sondern muss solidarisch und zukunftsorientiert gestaltet werden.

Es geht um mehr als Geld. Es geht um Gleichstellung, Gerechtigkeit und Freiheit. Wer heiratet, soll nicht bestraft werden. Wer Verantwortung teilt, soll entlastet werden.

Die Abschaffung der Heiratsstrafe wäre ein deutliches Signal. Die Schweiz steht für Gleichberechtigung und eine Gesellschaft, die Liebe, Partnerschaft und Verantwortung fördert, unabhängig davon, ob man heiratet oder nicht. Diese Reform ist überfällig, Heiraten darf nicht länger bestraft werden.

Mathias Müller: «Der Mittelstand würde die Rechnung bezahlen.»

Stellen Sie sich vor, Sie müssten jedes Jahr eine Art «Mini-Scheidung» vollziehen, nur um Ihre Steuererklärung auszufüllen. Genau das blüht uns, sollte die sogenannte «Individualbesteuerung» kommen.

Diese Reform, die so modern und gerecht klingt, ist in Wahrheit ein bürokratisches Monster und ein direkter Angriff auf die Institution der Ehe. Die Ehe ist seit jeher eine wirtschaftliche Einheit: Zwei Menschen teilen Verantwortung, Leben und Einkommen. Der geplante Systemwechsel zerstört dieses Prinzip. Künftig müsste jedes Ehepaar Einkommen und Vermögen vollständig trennen – als wären Mann und Frau zwei voneinander unabhängige Geschäftspartner. Wer etwa einen kleinen Gewerbebetrieb oder einen Bauernhof gemeinsam führt, müsste Errungenschaften, Schulden und gemeinsames Eigentum rechnerisch aufteilen. Das ist nicht nur kompliziert, es ist absurd.

Noch schlimmer trifft es Familien, in denen ein Partner das Haupteinkommen erzielt und der andere Kinder oder Angehörige betreut. Dieser unbezahlte Einsatz würde steuerlich praktisch ignoriert. Statt gemeinsamer Verantwortung werden beide künstlich getrennt – als ob Familie nur aus Einzelpersonen bestünde.

Und wer bezahlt die Rechnung? Der Mittelstand. Familien mit Einkommen bis etwa 250'000 Franken müssten künftig deutlich mehr Steuern zahlen, während Spitzenverdiener profitieren. Das ist weder gerecht noch sozial.

Die Individualbesteuerung ist keine Reform, sondern eine ideologische Operation am Fundament der Gesellschaft. Sie schwächt die Familie und bestraft das klassische Familienmodell. Wer Gerechtigkeit will, sollte das System vereinfachen: Eine Flat Tax – ein einheitlicher Steuersatz für alle – wäre die einzige wirklich faire Lösung. Gleiches Einkommen – gleicher Steuersatz. Einfach, transparent, gerecht. Dann müssten Sie in Ihrer Ehe nicht jedes Jahr überlegen, ob Sie jetzt Ehepartner oder Geschäftspartner sind.

Wer hat recht?

Oriana Pardini

46%

Mathias Müller

34%

Beide

15%

Niemand

1%

51 Abstimmungen

Stand. 21. Oktober 2025 / 00:50

Jeden Montag erscheint die Kolumne «Pardini vs. Müller», worin die SP-Grossrätin und der SVP-Grossrat jeweils eine Frage zu einem aktuellen Thema beantworten.

Mathias Müller (SVP) hat Jahrgang 1970 und lebt in Orvin; er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) und Vizepräsident der SVP-Fraktion im Grossen Rat. Müller ist Berufsoffizier und Psychologe.

Oriana Pardini (SP) hat Jahrgang 1998 und lebt in Lyss; sie Grossrätin seit 2024 und aktuell Präsidentin des Grossen Gemeinderats Lyss. Pardini ist Masterstudentin Rechtswissenschaften.

Hier noch der Link für alle, welche ein Abo haben: <https://ajour.ch/de/story/627830/soll-man-den-weg-zum-zivildienst-wieder-einschr%C3%A4nken>

Stand Dienstag 21. Oktober 2025 00:25

1 Kommentar

Andreas Bertschi

Unsere Bundesverfassung verlangt eine Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Das ist die Basis für unseren Sozialstaat. Es ist unbestritten, dass ein Haushalt mit 2 Personen tiefere Lebenshaltungskosten als ein Einpersonenhaushalt hat. Durch die Individualbesteuerung werden Doppelverdiener mit hohen Löhnen sehr stark entlastet. Wie ausgerechnet die SP ein solch unsoziale Änderung unerstützen kann, ist ein Rätsel.

Positiv 5 / Negativ 4